



**Protokoll der 6. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 4. Oktober 2023, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Pascal Frey

Namensaufruf: 34 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Parwin Alem Yar, Gemeinderätin Priska Brenner-Braun, Gemeinderat Reto Brunschweiler, Gemeinderat Sandro Ern , Gemeinderat Samuel Kienast, Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler

Gemeinderatssekret r: Mathias Frei

Traktanden

- 28 Mitteilungen
- 29 Botschaft Nr. 3 «Gesamtkonzept Freizeit- und Sportanlagen»
- 30 Botschaft Nr. 5 «Strategie AZP 2030»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzter Medienvertreter, wir haben die dritte und letzte Sitzung zwischen Sommer- und Herbstferien. Der Herbst steht entsprechend vor der Tür, die Zuckerfabrik läuft und verbreitet den typischen Geruch in Frauenfeld. Die Zuckerfabrik ist einer von vielen Orten in der Stadt, wo gearbeitet wird. Ich möchte heute meinen Dank an all diejenigen Leute richten, die es ermöglichen, dass wir in Frauenfeld eine grosse Anzahl Arbeitsplätze haben und diese auch möglichst divers sind, egal ob es die Zweimannbude ist oder der international tätige Konzern. Es braucht die Arbeitenden, aber auch diejenigen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Danke.

Speziell begrüßen möchte ich heute die Schülerinnen und Schüler von Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler der Pädagogischen Maturitätsschule, die uns heute von der Galerie aus auf die Finger schauen. Sie haben sich vorher bereits mit dem Stadtpräsidenten, der Stadträtin Barbara Dätwyler und mir unterhalten, um einen etwas tieferen Eindruck über die Politik zu gewinnen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 32 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Da das Büromitglied Nathanael Hug verspätet ist, ist eine Ersatzwahl für das Büro nötig. Das Vorschlagsrecht liegt bei der Fraktion Die Mitte/EVP.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Ich schlage euch im Namen der Fraktion mich selber vor und kann euch sagen, als ich 2007 in dieses Amt gewählt wurde, habe ich schon das erste Mal in diesem Amt trainiert.

Abstimmung

Gemeinderat Christoph Regli wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Büromitglied gewählt.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich begrüsse Gemeinderat Ralf Frei, somit sind wir aktuell 33 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr liegt weiterhin bei 17.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

28

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP):

1. Mit Beschluss Nr. 244 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Baurecht an die Stiftung Sandhalle für die Erstellung einer Beachvolleyballanlage auf der Kleinen Allmend» der Gemeinderätinnen Severine Hänni und Christa Zahnd an der Stadtratssitzung vom 19. September 2023 beantwortet.
2. Mit Beschluss Nr. 245 hat der Stadtrat an seiner Sitzung vom 26. September 2023 die Demission von Gemeinderat Ralf Frei per Ende Jahr genehmigt und das Ersatzwahlverfahren

eingeleitet, welches mit Beschluss Nr. 257 vom 3. Oktober 2023 bereits abgeschlossen werden konnte und somit Alessandra Biondi ab dem 1. Januar 2024 als Nachfolge feststeht.

3. Mit Beschluss Nr. 253 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 6 «Alterszentrum Park – Tarifierhöhungen per 1. Januar 2024, Pensionspreise und Betreuungstaxe im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach sowie Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen» am 26. September 2023 verabschiedet.
4. Die für die nach der Sitzung angekündigte nicht-öffentliche Sitzung findet nicht statt, da das Thema noch nicht so weit gediehen ist wie erhofft.

29

BOTSCHAFT NR. 3 «GESAMTKONZEPT FREIZEIT- UND SPORTANLAGEN» EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 3 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 8. August 2023 wurde am 14. August in den Dossierbrowser geladen.

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

Detailberatung

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Vorweg danken wir dem Stadtrat und seinem Team, bestehend aus Mitarbeitenden aus dem Amt für Freizeit und Sport, dem Amt für Alter und Gesundheit, dem Amt für Gesellschaft und Integration, aus den Ämtern für Hochbau und Stadtplanung sowie Tiefbau und Verkehr und der bhateam ingenieure ag für die sorgfältige und umsichtige Erarbeitung des Gesamtkonzepts Freizeit- und Sportanlagen. Freizeit und Sport sind wichtige Aspekte für die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Bevölkerung und damit von grossem öffentlichem Interesse. In Frauenfeld bestehen diverse Begegnungsräume im öffentlichen Raum sowie Freizeit- und Sportanlagen.

Bisher fehlten zu der kommunalen Freizeit- und Sportinfrastruktur jedoch aussagekräftige Analysen zu Nachfrage und Angebot sowie zum zu erwartenden Sanierungs- und Erneuerungsbedarf und den daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen. Das vorliegende Konzept schliesst diese Lücke, indem es eine umfassende Bestandes-, Zustands- und Bedürfnisanalyse vornimmt und nebst der Infrastruktur auch die Angebots- und die Organisationsstruktur als wesentliche Interventionsbereiche beleuchtet. Die Bestandesaufnahme zeigt, was auf dem Gebiet der Stadt Frauenfeld an Bewegungsräumen, Freizeitanlagen und Sportinfrastruktur besteht und welchen Eigentümern (Bund, Kanton, Schulgemeinde, Stadt und Privateigentümer) diese zuzuordnen sind. Ebenfalls miteinbezogen werden das Angebot und die Nachfrage aus den Nachbargemeinden. Weiter untersucht die Bestandesaufnahme Megatrends, die als Treiber des Wandels alle Aspekte von Wirtschaft und Gesellschaft massgeblich beeinflussen werden und bezieht raumplanerische Überlegungen, aufgefächert nach Bevölkerungsentwicklung und Flächenpotenzial im Stadtgebiet mit ein. Ebenfalls eingeschlossen sind eine Grobkostenschätzung sowie eine Machbarkeitsstudie Kleine Allmend.

Mittels Zustandsanalyse wird eruiert, wie weit die bestehenden Bewegungsräume und Sportanlagen gegenwärtig und in Zukunft für Bewegung und Sport geeignet sind. Dafür werden bauliche, sportfunktionelle, sicherheitsrelevante, finanzielle und raumplanerische Kriterien herangezogen. Ebenfalls untersucht wird die Belegung und Auslastung.

Die Analyse kommt zum Schluss, dass für die Anlagen der Stadt Frauenfeld hinsichtlich Funktionalität drei Viertel der Anlagen keinen Handlungsbedarf aufweisen, jedoch in baulicher Hinsicht

für zwei Drittel der Anlagen Handlungsbedarf, beziehungsweise für einen Drittel der Anlagen sogar dringender Handlungsbedarf bestehe.

Mit der Bedürfniserhebung wurden in zwei Umfragen die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Vereine erhoben. Aus der Synthese der Bedarfs-, Zustands-, Belegungs- und Bedürfniserhebung formuliert das Konzept Handlungsempfehlungen und Massnahmen mit dem Ziel, die bestehenden Schwächen zu beheben beziehungsweise die Stärken auszubauen. Dies jeweils unter Berücksichtigung der relevanten Umwelteinflüsse, um nachhaltige Lösungen zu ermöglichen.

Entscheidend aus Sicht der GPK werden vor allem zwei Sachen sein: zum einen die Priorisierung der Vorgaben und zum anderen die Abstimmung und Koordination mit allen involvierten Stakeholdern. Wir erachten es als wesentlich, dass die vorgesehenen Massnahmen bezüglich Priorität und Ausführungsbeginn jeweils sorgfältig gewichtet werden und dass übergeordnete Rahmenbedingungen und Bedürfnisse gesellschaftlicher, raumplanerischer und finanzieller Art von Anfang an miteinbezogen werden. Grosse Bedeutung messen wir der proaktiven Abstimmung und Koordination mit Dritten bei, also mit den unterschiedlichen Eigentümern sowie weiteren Interessenvertretern. Ebenso wichtig wird sein, dass die Kommunikation innerhalb der Stadt ämterübergreifend gut funktioniert. Vor diesem Hintergrund nimmt die GPK GGF das Gesamtkonzept Sport- und Freizeitanlagen zur Kenntnis.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Vielen Dank dem Stadtrat, dass er dem Gemeinderat die Gelegenheit gibt, sich zum Gesamtkonzept Freizeit- und Sportanlagen im Rahmen eines Geschäfts zu äussern. Und vielen Dank den involvierten Personen für die Ausarbeitung dieses umfassenden, detaillierten Konzepts, welches gut aufgebaut ist und mit Bestandes-, Zustands- und Bedürfniserhebungen vorbildhaft daherkommt. Auch die zur Verfügung gestellten umfangreichen Beilagen sind hilfreich. Eine solch breite Auslegung in einer Botschaft haben wir selten gesehen. Chapeau. Gut, böse Zungen wie ich meinen jetzt, dass dafür auch genügend Zeit in Anspruch genommen wurde.

In der Botschaft wurden die Legislaturschwerpunkte 2019 bis 2023 als Basis dieser Arbeiten genannt, aber der gewichtigste Brocken des vorliegenden Konzepts, das sogenannte Gesamtkonzept der Sportanlagen auf der Kleinen Allmend wurde uns schon von einem Stadtrat namens Ruedi Huber am 6. Juni 2018 in der Botschaft zur Sandhalle als in Arbeit angepriesen. Mehr als fünf Jahre für ein Halleluja. Aber das soll die Arbeit des vorliegenden Konzepts nicht schmälern. Die grundlegenden Erkenntnisse und Fazite des Konzepts teilen wir. Folgendes gab bei uns zu diskutieren:

1. Fehlende Vernehmlassung: Warum wurde zu diesem Konzept keine Vernehmlassung durchgeführt? Die nachher zu diskutierende oder zur Kenntnis zu nehmende AZP-Strategie 2030 wurde in eine Vernehmlassung gegeben. Aber dort wurde erst im allerletzten Moment daran gedacht, dass wir sie zur Kenntnis nehmen sollen. Bei diesem Konzept gab es keine Vernehmlassung, aber die Vorlage zur Kenntnisnahme war schon länger geplant. Hier wünschen wir uns eine einheitliche Linie. Eventuell bringt uns die Einfache Anfrage unserer Kolleginnen Badertscher und Hänni in dieser Frage weiter.
2. Wie holen wir auf, was Frauenfeld in den letzten 15 bis 20 Jahren vernachlässigt hat? Zwei Drittel der Anlagen weisen Handlungsbedarf auf, ein Drittel gar dringend. Das ist ein Armutszeugnis. Da wurden Hausaufgaben seit Jahren nicht gemacht. Nun haben wir ein Konzept, welches aber nicht behördenverbindlich ist. Uns wird aus diesem Konzept nicht klar, wessen Meinung das nun ist. Ist das ein Fachkonzept oder das Konzept des Stadtrats? Die Verbindlichkeit geschieht erst durch die Richtplanung. Erst dann wissen wir mehr, was in welchem Umfang umgesetzt werden soll und was der Stadtrat priorisiert. Der Gemeinderat kann ja erst wieder bei den Krediten zu den Projekten mitreden. Der Stadtrat ist aufgefordert, unbedingt eine Grobplanung aller städtischen Projekte an die Hand zu nehmen, und das auf der zeitlichen Schiene in Abhängigkeit seiner Prioritätensetzung, der personellen Ressourcen der Stadt, der notwendigen Finanzierung und auch der zu erwartenden Erfolgsrechnung, was zu guter Letzt in der Frage nach dem zukünftigen Steuerfuss mündet. Uns

wird es angst und bange, wenn wir das nun überschlagsmässig ausrechnen. Mit den Steuerfussenkungen der vergangenen Jahre haben wir uns wohl eher den Spielraum genommen, mehr als nur gerade das Allernotwendigste dieser Vorhaben in Zukunft umzusetzen.

3. Generierung Einnahmen und Effizienzsteigerung: Wir bitten den Stadtrat, auch unkonventionellere Wege der Mittelbeschaffung oder Ausgabenminderung zu suchen. Sponsoring, Crowdfunding, Anzapfen der Sport- und Lotteriefonds, Vereine durch Arbeitsleistung einbinden, etc. Auch sollen bestehende Bauten wenn immer möglich nur kostengünstiger saniert und nicht neu gebaut werden oder Bauteile gemäss der Kreislaufwirtschaft bei Bauteilbörsen bezogen werden, was beides auch ökologisch vorteilhaft ist.
4. Beteiligung der Aussengemeinden: Anhand der Fragen, die ich eben gestellt habe und anhand des Hallenbads poppen bei uns wieder Diskussionen auf, ob und wie man die Aussengemeinden, respektive deren Einwohnerinnen und Einwohner an der Finanzierung der Frauenfelder Sport- und Freizeitanlagen beteiligen könnte oder müsste. Die um 1 Franken erhöhten Eintrittspreise der Badi für Auswärtige werden eher als Hohn betrachtet. Warum nicht ein Jahr lang Erhebungen durchführen und nachher nochmals das Gespräch mit den Gemeinden suchen?
5. Beachhalle oder Sandhalle: Aus der Botschaft zur Sandhalle aus besagter Gemeinderatssitzung vom 6. Juni 2018: «Die neue Anlage fügt sich funktionell sehr gut in das Gesamtkonzept der Sportanlagen auf der Kleinen Allmend ein.» Nun lesen wir auf verschiedenen Kanälen, obwohl immer auf dieses neue Gesamtkonzept abgestützt, dass das Fussballfeld, auf dem die Sandhalle gebaut werden soll, von den Fussballvereinen benötigt wird. Das stösst wohl nicht nur uns in ein Dilemma. Die Sandhalle ist für uns immer noch willkommen. Privat geplante und ohne Steuergelder finanzierte Projekte in dieser Art sind unbedingt unterstützungswürdig. Aber auch der Vereinsfussball soll nicht zu kurz kommen. Eventuell muss die Sandhalle an einem anderen Standort realisiert werden. Unsere Erwartung ist, dass dieser gordische Knoten durchschlagen, die Mutmassungen und Ungewissheiten rund um die Sandhalle aufhören und aktiv nach Lösungen gesucht wird.
6. Wegfall der Dreifachturnhalle Auenfeld: Die Hoffnung ist gross, dass mit dem vorliegenden Konzept in Zukunft vorausschauend Situationen wie mit dem sehr bedauerlichen Wegfall einer der drei Dreifachhallen vermieden werden. Unverständlich ist für uns, dass gerade aktuell an einem neuen Standort in der Stadt zwei Turnhallen im Bau sind und man diese Gelegenheit nicht nutzen konnte, um den Verlust der Auenfeldhalle wettzumachen.
7. Erschliessung ÖV, Velo, zu Fuss: Uns ist dieser Aspekt sehr wichtig. Sichere und kurze Wege sind sehr wichtig. Denken Sie an die vollgepackten Eishockeyspieler oder Eltern mit Kleinkindern von einem ÖV-Haltepunkt zum Hallenbad. Am Abend und Wochenende ausge dehntere Fahrpläne finden wir auch sehr wichtig.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP dankt dem Stadtrat für die vorliegende Botschaft, welche uns in dieser Form noch selten präsentiert wurde. So stellen wir uns eine umfassende und informative Botschaft vor.

Die Schwerpunktthemen des Konzepts bilden die bestehende Infrastruktur, das Freizeit- und Sportangebot sowie die Organisationsstruktur. Positiv zu erwähnen ist, dass das Konzept eine umfassende Bestandesaufnahme beinhaltet. So gehören die Umfragen bei den Vereinen und der Bevölkerung dazu, die Sportanlagen inklusive Pläne sind aufgelistet, der aktuelle Zustand der städtischen Anlagen ist erhoben worden und auch eine Machbarkeitsstudie zur Kleinen Allmend ist im Konzept integriert. In der Machbarkeitsstudie wurden auch energie- und verkehrstechnische Erschliessung berücksichtigt.

In der Botschaft steht geschrieben, dass ein Konzept entwickelt wurde, das zum Ziel hat, als Instrument für die zukünftige Entwicklung des Sport- und Bewegungsangebots zu dienen, die bestehenden Infrastrukturen auszubauen – ich betone auszubauen – und zu erhalten. Platz für kleinere Sportarten soll geschaffen werden und auch der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung soll erhöht werden. Sport und Freizeitbetätigungen für Jung und Alt ist ein wichtiger Bestandteil der Volksgesundheit. Der Vereinssport ist zusätzlich wichtig für die Integration. Im Vereinsleben

lernen die Jugendlichen, sich zu integrieren, sich miteinander auseinanderzusetzen, zu diskutieren, sich zu messen und mit Erfolg und Misserfolg umzugehen. Die Vereine sind allerdings praktisch alle finanziell nicht auf Rosen gebettet. Es wäre ein frommer Wunsch, aber auch ein hoffnungsloses Unterfangen, wenn man die Kosten für die Infrastruktur den Vereinen aufdrücken möchte, so rein nach dem Verursacherprinzip. Daher darf man schon die Erwartung an die Stadt haben, dass ein Teil der Infrastruktur zu ihrem Aufgaben- und Verantwortungsbereich gehört.

Investitionen in den Sport beziehungsweise in sinnvolle Sportanlagen sind meistens gerechtfertigt. Daher begrüssen wir ausdrücklich, dass ein Cockpit erstellt wurde, wo der Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Damit kann man arbeiten und darüber lässt sich gut diskutieren. Grundsätzlich sind die Sportanlagen generell keine Aufgaben der Stadt, aber ohne städtische Beteiligung gäbe es kein Schwimmbad, keine Eishalle, keine Kleine Allmend mit Leichtathletik- und Fussballanlagen. Solche Anlagen sind für Vereine schlicht nicht finanzierbar. Es muss daher der Bevölkerung immer wieder bewusst gemacht werden, dass sie sich diese Anlagen leisten will und dass sie dafür mit ihren Steuergeldern aufkommen muss. Die laufenden Auslagen liegen bei rund 5.4 Mio. Franken, was rund 7 % des Gesamthaushalts ist. Darin nicht berücksichtigt sind die Anlagen der Schulen, welche ebenfalls durch den Steuerzahler berappt werden.

Die Resultate und Studien in diesem Konzept werden eine Investitionslust auf verschiedenen Seiten generieren. Es ist daher die Aufgabe der Stadt, das Machbare vom Wünschenswerten zu trennen und der Bevölkerung bei allen Projekten ein klares Preisschild zu präsentieren. Zum Beispiel kostet uns die Badi 2 Mio. Franken pro Jahr. Auch eine sanierte Eishalle, eine neu konzipierte Sportanlage auf der Kleinen Allmend haben ein nicht unwesentliches Preisschild. Die Belastung wird in den kommenden Jahren also eher erhöht als gesenkt. Es muss ein Ziel der Stadt sein, Synergien mit den Schulen, dem Kanton und Bund zu suchen und dass diese auch sinnvoll genutzt werden. So müsste aus unserer Sicht die Stadt frühzeitig mit der Schule zusammensitzen, sollte das Projekt Schule im Murgbogen ein Thema werden. Auch sollten die Stadt und der Kanton bezüglich Einzonungsmöglichkeiten an die Bedürfnisse für Sport- und Freizeitanlagen denken und diese entsprechend sinnvoll nutzen.

Abschliessend möchte die Fraktion FDP betonen, dass das vorliegende Konzept eine gute Grundlage für eine weitere Planung darstellt. In Anbetracht der Finanzlage der Stadt muss aber auch bei zukünftigen Sanierungen und neuen Projekten das Machbare und Finanzierbare vom Wünschbaren getrennt werden.

Gemeinderat Hanspeter Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Der Stadtrat hat in seinen Legislatorschwerpunkten 2019 bis 2023 die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Freizeit- und Sportanlagen festgelegt. Die Infrastrukturen sind von grosser Bedeutung für die Ausübung von Sport und Freizeitaktivitäten. Hier wurden bei der Bestandes- und Zustandsaufnahme der Sportanlagen einige bauliche Mängel aufgedeckt. Machen wir einen Rundgang in der Kleinen Allmend.

Der Kunstrasenplatz hat einen sanierungsbedürftigen Rasen. Hier liegt eine Botschaft für die Sanierung auf. Schaut man um das Hauptspielfeld, erkennt man schnell, dass der Kunststoffbelag der Rundbahn 400 m doch erheblich sanierungsbedürftig ist. Auch die Beläge der Weitsprung- und Stabhochsprunganlage sind in die Jahre gekommen. Die Tribüne und die Garderoben sind auch sehr alt und stark sanierungsbedürftig. Die Auswertung zeigt, dass ein dringender baulicher Handlungsbedarf besteht. Die Frage stellt sich nun: Wann und wie werden diese Anlagen saniert? Eine Strategie für die Sanierung der Kleinen Allmend wäre wünschenswert. Uns drängt sich der Verdacht einer scheinweisen Sanierung auf.

Um nochmals auf den Fussball zurückzukommen: Diese Sportart hat gerade einen grossen Zuwachs an Jugendlichen. Im Gesamtkonzept wird von einem Beachsportzentrum gesprochen. Die Sandhalle soll im Baurecht auf dem Fussballplatz zwischen Turnfabrik und Tennisanlagen zu stehen kommen. Ist hier ein Ersatzfussballplatz in Aussicht?

In den nächsten Jahren soll der Raum um den Murg-Auen-Park umgestaltet werden. Dazu gehören Liegenschaften wie die Zeughäuser sowie verschiedene Hallen und Produktionsgebäude. Hier könnten sicher Freiräume geschaffen werden für Freizeit- und Sportanlagen. Die Stadtkaserne wird sicher einen grossen Teil zur Entwicklung beitragen. Wir sind auch der Meinung, dass am Projekt Murgbogen festgehalten werden muss.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Das Konzept ist umfangreich und ansprechend aufbereitet, das wurde bereits mehrmals erwähnt. Herzlichen Dank für die grosse Arbeit und die gute Übersicht, die dieses Gesamtkonzept gibt. Es gibt uns eine ausgiebige Ordnung, was wir haben, was wir brauchen beziehungsweise wollen, wann wir es etwa brauchen werden und was die Kostenfolgen sind.

Kurz gleich zu den Kosten: Mittelfristig 46 bis 58 Millionen Franken über die nächsten 6 bis 15 Jahre, das ist die Grobschätzung. Wir werden nachher noch über das AZP und die dortigen Kostenschätzung von 90 Mio. Franken in den nächsten 10 Jahren sprechen. Da stehen einige grosse Brocken in Aussicht. Aber gut, dass der Stadtrat hier seine Aufgaben macht, langfristig vorausplant und vor allem auch aufzeigt, was an Investitionen auf die Stadt zukommt. Das hilft vielleicht auch dabei, künftige Steuerdiskussionen objektiver und etwas realitätsnäher zu führen.

Zurück zum Konzept: Positiv, dass in so einem Konzept zum Beispiel auch die Spielplätze drin und berücksichtigt sind. Das gehört dazu und ist wertvoll für die ganz kleinen Kinder und Familien. Das zeigt auch, dass die Stadt hier in die Breite denkt und geht. Es geht bei Sport und Freizeit eben nicht nur um Fussballplätze, sondern um die gesamte Breite.

Im Konzept auf S. 45 finden wir eine spannende Umfrage zum Nutzen. Zitat: «Über zwei Drittel der Befragten nutzen Wander- und Gehwege rund um Frauenfeld. Zudem benützt über ein Viertel der Umfrageteilnehmenden die Radwege in und um Frauenfeld.» Und das sind die beiden höchsten Werte. Auf etwas weniger als ein Viertel kommen sonst noch die Badi und der Vitaparcour. Erst dann folgen die Sporthallen, die Kunsteisbahn und die Fussballplätze. In die gleiche Kerbe schlagen die Umfrageergebnisse von Sport Schweiz 2020 auf S. 26. Bei der künftigen Projektplanung müssen diese Zahlen aus unserer Sicht berücksichtigt werden. Auch in der Ressourcenallokation für Projekte und Weiterentwicklungen des Angebots. Vereinsarbeit und die damit verbundene Infrastruktur ist gut und wichtig, auch als Angebot für die Kinder und Jugend. Freizeit wird aber auch sonst gelebt. Und genau dort ist es ebenso wichtig, dass Angebote ausgebaut werden und zur Verfügung stehen.

Für uns haben sich bei der Durchsicht des Konzepts noch zwei wesentliche Fragen ergeben, für die wir uns interessieren. Allenfalls kann der Stadtrat diese ad hoc klären.

1. Das eine wurde bereits angesprochen, das Projekt wurde 2018 budgetiert und in Aussicht gestellt, jetzt haben wir Ende 2023. Uns würde es interessieren, welches die Gründe waren, warum das so lange gedauert hat.
2. Die andere Frage wurde auch bereits angesprochen, da geht es um die Dreifachturnhalle. Diese wurde im Konzept mehrmals als Bedürfnis genannt. Das Auenfeld fällt in der Gröszenordnung 2026/2027 weg und in den empfohlenen Massnahmen ist ein Ersatz mit einer Grobkostenschätzung 15 bis 20 Millionen Franken aufgeführt. 2026/2027 ist nicht weit weg. Gibt es weitergehende Pläne oder Überlegungen von Seiten des Stadtrats hierzu?

Die möglichen Massnahmen haben im Konzept bereits eine Priorisierung und Kostenschätzung erfahren. Das ist gut für eine gewisse Verbindlichkeit und für eine Abschätzung, was kommt. Umgekehrt erachten wir es aber als wichtig, dass jetzt nicht einfach die Liste Stück für Stück abgearbeitet wird, sondern in jedem Einzelfall die Beurteilung, ob überhaupt, ob jetzt und in welchem Ausmass die Massnahme nötig ist, nochmals sorgfältig stattfindet.

Zuletzt gern noch der Hinweis, obwohl das eigentlich selbstverständlich ist, dass der Gemeinderat heute das Gesamtkonzept lediglich zur Kenntnis nimmt. Damit ist eben keine Apriori-Zustimmung zu allen Projekten in dieser Form verbunden. In diesem Sinn besten Dank für die Arbeit und die übersichtliche Zusammenstellung. Wir sind auf die Projekte gespannt und auf die Debatten im Gemeinderat dazu und befürworten eine bedürfnisorientierte, auf die breite Bevölkerung ausgerichtete Entwicklung der Freizeitanlagen von Frauenfeld.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP (in Vertretung von Gemeinderat Nathanael Hug): Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat ein informatives Gesamtkonzept über die Freizeit- und Sportanlagen. Unsere Fraktion hat dieses Konzept mit Interesse studiert und rege diskutiert. Die städtischen Freizeit- und Sportanlagen stehen an erster Stelle den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Frauenfeld zur Verfügung, weshalb wir die Umfragen der Stadt bei der Bevölkerung und den Vereinen mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen haben. Warum die Stadt das Gesamtkonzept nicht den Parteien zur Vernehmlassung zukommen liess, erschliesst sich uns hingegen nicht.

Gemäss dem Konzept kommen auf die Stadt sehr hohe Kosten zu. Dem Stadtrat wird wiederholt die Kompetenz fehlen, die erwähnten Projekte in Eigenverantwortung zum Abschluss zu bringen, sondern er wird beim Gemeinderat die Ausgaben genehmigen lassen müssen. Nicht zuletzt deswegen hätte der Stadtrat unserer Ansicht nach die politische Meinung bereits im Rahmen einer Vernehmlassung einholen müssen. Die Fraktion Die Mitte/EVP erachtet es angesichts dessen als notwendig, anlässlich der heutigen Sitzung einzelne Aspekte genauer zu beleuchten.

Etwas bedenklich ist, wie viele Anlagen baulich in einem sagen wir mal suboptimalen Zustand sind. Hat der Stadtrat die Freizeit- und Sportanlagen in den letzten Jahren bewusst aussen vor gelassen oder warum wurde es versäumt, die Anlagen in einem besseren Zustand zu bewahren? Oder ist doch nicht alles gar so pechschwarz beziehungsweise dunkelrot, wie es im Konzept ausgeführt ist?

Schon nur für die Umsetzung der Projekte mit hoher Priorität rechnet die Stadt mit Ausgaben von bis zu 31 Millionen Franken. Dem Konzept ist nicht zu entnehmen, wie die Stadt diese Kosten zu stemmen gedenkt. Die Fraktion Die Mitte/EVP bekennt sich klar zu einem breiten, bedürfnisgerechten und den modernen Sicherheitsstandards entsprechenden Sportangebot in Frauenfeld. Auch die Stossrichtung des Konzepts, möglichst aktuelle Standorte zu erhalten und zu erweitern, stösst bei unserer Fraktion schon aus Umwelt- und Platzgründen sowie aus Gründen der städtebaulichen Strategie auf offene Ohren und Verständnis.

Doch beim vorliegenden Papier handelt es sich um ein Gesamtkonzept und nicht bloss um eine Vision. Zur Frage der Finanzierbarkeit müsste unseres Erachtens klar Stellung bezogen werden. Hierbei muss der von unserem Stadtpräsidenten bereits auch in anderen Zusammenhängen erwähnte Begriff der Zentrumslast in den Mund genommen werden. Das Gesamtkonzept schaut auch über den Tellerrand der Gemeinde Frauenfeld hinaus und stellt fest, dass das auf dem Gemeindegebiet der Nachbargemeinden vorhandene Angebot an Freizeit- und Sportanlagen für die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung ausreicht. Das wundert nicht, sind doch viele Bewohner der Nachbargemeinden in Frauenfelder Sportvereinen aktiv, weshalb sie keine spezielle Infrastruktur wie etwa eine Eishalle benötigen. Es stellt sich deshalb bei den Freizeit- und Sportanlagen aus Sicht unserer Fraktion nicht die Frage ob, sondern mit welchem Betrag sich die Nachbargemeinden an der Finanzierung funktionstüchtiger Freizeit- und Sportanlagen in Frauenfeld beteiligen. Es geht schliesslich auch um die Interessen ihrer Bevölkerung.

Die Stadt sollte sich grundsätzlich Gedanken machen, wie sie inskünftig mit Partnern zusammen solche Anlagen finanzieren könnte. So eine Chance wie beim Berufsbildungszentrum für Technik (BZT), als der Kanton bei der Stadt die Nachfrage einer Dreifachhalle abklärte und die Stadt offenbar der Ansicht war, kein Bedürfnis nach einer Dreifachhalle zu haben, darf sich der Stadtrat nicht mehr entgehen lassen.

Im vorliegenden Gesamtkonzept wird heute eine andere Meinung vertreten, nämlich dass Frauenfeld eine Dreifachhalle braucht. Vielleicht stützte sich der Stadtrat zu sehr auf die Rückmeldungen derjenigen Vereine ab, die auf keine Dreifachhalle angewiesen sind beziehungsweise waren. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt schon früh mit der Schulgemeinde in Kontakt tritt. Bereits mehrfach wurde nämlich dem Gemeinderat mitgeteilt, dass durch die Neugestaltung des Murgbogens ein neues Schulhaus samt Sportanlagen benötigt wird. Angesichts der sehr hohen anstehenden Kosten bitten wir den Stadtrat einzig, offen für neue Wege und Partner zu sein. Kreativität ist gefragt, wie es die Stadt mit der Möglichkeit der Beteiligung bei SolarInvest bereits an anderer Stelle vorlebt.

Apropos Murgbogen: Wir haben uns beim Studium des Gesamtkonzepts gefragt, wofür der dort ausgeschiedene Platz alles hinhalten wird. Bislang haben wir das Projekt Murgbogen in aller Kürze zusammengefasst so verstanden, dass auf den freien Flächen entlang der Murg neue Wohnzonen und Flächen für das lokale Gewerbe geplant sein sollen. Gemäss den Ausführungen auf S. 23 des Gesamtkonzepts gelten insbesondere die Arbeitszonen 9 bis 11, die unmittelbar (Zone 11) oder nur einen Steinwurf von der Murg entfernt (Zone 9 und 10) liegen, als unbebaute Potenzialflächen für Sport- und Freizeitflächen. Handelt es sich hier um ein Versehen oder hat unsere Fraktion den Stadtrat bislang missverstanden?

Dann noch zum Thema Dreifachhalle: Wir begrüßen es sehr, dass die Stadt die Notwendigkeit einer stadteigenen Dreifachhalle erkannt und deren Erstellung als hoch priorisiert hat. Es ist nämlich nicht so, dass nur die Sportvereine Unihockey, Basket- und Handball eine solche benützen würden, auch andere Vereine suchen für ihre Anlässe entsprechende Hallenkapazitäten, sei es für Turniere oder Trainingslager. Das Bedürfnis nach einer eigenen städtischen Dreifachhalle sieht unsere Fraktion im Übrigen unabhängig davon, dass die Armee den vollständigen Eigenanspruch ihrer Dreifachhalle angekündigt hat. Das Gesamtkonzept schweigt sich leider darüber aus, wo eine solche Halle Platz finden soll. Bei der Festhalle Rüegerholz? Oder soll die alte Armeesporthalle bei der Murg übernommen und umgebaut werden? Oder verfolgt der Stadtrat bereits die Idee, zusammen mit der Schulgemeinde eine Dreifachhalle zu bauen?

Im Zusammenhang mit der Dreifachhalle der Armee Auenfeld erlauben wir uns noch einen Sprung in die Vergangenheit. Der Stadtrat legte dem Gemeinderat am 4. Mai 2004 die Botschaft Nr. 62 «Dreifachsporthalle bei der Kaserne Auenfeld, Gewährung eines Beitrags von 950'000 Franken als Anteil an die zusätzlichen Investitionskosten des Bundes für die zivile Nutzung» vor, welcher der Gemeinderat zustimmte. In der Botschaft war ausgeführt, dass sich der Stadt Frauenfeld die Gelegenheit bietet, die militärische mit einer sinnvollen zivilen Nutzung zu verbinden und kostengünstig eigenen Raumbedarf für den sportlichen und kulturellen Bereich abzudecken. Voraussetzung dafür sei der Investitionsbeitrag von 950'000 Franken. Damit würde sich die Stadt das Recht zur zivilen Nutzung sichern. Davon, dass es sich dabei um ein befristetes Recht handle, ist in der Botschaft nichts zu lesen. Es wäre deshalb interessant zu wissen, mit welchem konkreten Inhalt dieses Recht ausgehandelt wurde oder weswegen es anscheinend unterging. Wir hoffen diesbezüglich auf eine Klärung durch den Stadtrat.

Unserer Fraktion liegt es auch am Herzen, uns zum Beachhouse zu äussern. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um ein tolles Projekt, an welchem wir grundsätzlich Freude hätten. In der weiteren Planung der Kleinen Allmend sieht das Gesamtkonzept dort offenbar keinen Platz mehr für das Beachhouse vor. Primär aus Sicht Fussball ist das natürlich zu begrüßen, aus Sicht Beachhouse eher zu bedauern. Diesbezüglich möchten wir uns nicht weiter äussern, haben jedoch für beide Ansichten Verständnis. Die Stadt hat sich allerdings vor einigen Jahren in einer Form zum Beachhouse bekannt und in gewissen Kreisen Hoffnungen gesät. Wir hoffen, dass die Stadt bestrebt ist, eine für alle Parteien passende Lösung zu finden, damit diese Saat auch Wurzeln schlagen kann.

Auch wenn Kapitel 15 auf S. 88 den Titel «Weiteres Vorgehen» trägt, fragen wir uns trotzdem, wie es nun tatsächlich weitergeht. Im Gesamtkonzept fehlt ein wirklich greifbares Ergebnis. So mangelt ihm primär die Aussage, welches Projekt wegen welcher Gründe bevorzugt wird und wie die genauen Kosten ausfallen. Bei einem Konzept erwartet unsere Fraktion keine Auflistung verschiedener Ideen, sondern die Bezeichnung der weiterzuerfolgenden Variante. Im Konzept fehlt insofern etwas die Quintessenz, doch liegt damit sicherlich eine gute Arbeitsgrundlage vor, auf der sich weitermachen lässt.

Wie bereits erwähnt, hätten wir unsere Gedanken gern mit der Stadt im Vernehmlassungsprozess geteilt und Ihnen heute die gemachten Ausführungen erspart. Wir haben uns bei unserem Votum auf das Wesentliche beschränkt und hätten noch weitere Anmerkungen zu einzelnen Aspekten anbringen können. In der Hoffnung, dass der Stadtrat sich offen zeigt für unsere Rückmeldungen und zeitnah vertiefte Informationen zum konkreten weiteren Vorgehen liefert, nimmt die Fraktion Die Mitte/EVP vorliegendes Gesamtkonzept gespannt zur Kenntnis.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im eigenen Namen: Ich spreche im eigenen Namen, aber ein bisschen auch im Namen der Fraktion. Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen, denn es geht um eine Herzensangelegenheit von mir.

Wie Sie schon gehört haben, ich habe das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Juni 2018 zur Sandhalle nochmals gelesen, wo ich die Einschätzung unserer damaligen Fraktion zur Erreichbarkeit der Sandhalle mit ÖV, Velo und zu Fuss in einem Votum thematisiert habe. Der ehemalige Stadtrat Ruedi Huber hat an dieser Sitzung versprochen respektive vorgeschlagen, dass dieser Input im Rahmen des Gesamtkonzepts für die Kleine Allmend aufgenommen wird. Das ist aber leider nicht geschehen. Darum hier Erläuterungen zu zwei Punkten in diesem Gesamtkonzept, die auch für alle anderen Orte mit Publikumsverkehr gelten.

Erschliessung mit ÖV: Neben den im Konzept genannten Verbesserungsmöglichkeiten beim ÖV wie nahegelegene ÖV-Haltestellen, zum Beispiel beim Hallenbad, wünschen wir – ich spreche da noch im Namen der Fraktion – ein stärkeres Augenmerk auf das folgende Thema: Im Plan in der Beilage G auf der PDF-Seite 73 sind Bushaltestellen zum Teil sehr ungenau und nur auf der den Sportanlagen Kleine Allmend zugewandten Seite der Strasse eingezeichnet. Die Haltestellen in der anderen Fahrtrichtung fehlen komplett und sie befinden sich zum Teil auch nicht gegenüber, zum Beispiel am Schaffhauserplatz. Da wünsche ich mir eine genauere Arbeitsweise eines Ingenieurbüros.

Sodann wurden die Fusswege innerhalb der Sportanlage aufgezeichnet. Aber gerade die Erschliessungswege der ÖV-Haltestellen inklusive Querung der Strasse zu den Haltepunkten auf der von den Anlagen abgewandten Seite der Strassen wären sehr wichtig. Denn das schwächste Glied in der ÖV-Fusswegkette entscheidet oft, ob man zum Beispiel ein Kind allein mit dem ÖV ins Training fahren lässt oder nicht. Und dieses schwächste respektive gefährlichste Glied ist wohl in den überwiegenden Fällen die Querung einer Hauptverkehrsachse zu Beginn oder Ende des Fusswegs vom oder zum ÖV. Nicht nur bei der Kleinen Allmend.

Erschliessung mit dem Velo: Auch hier könnte noch mehr herausgeholt werden, wenn systematisch geschaut würde, dass die Veloparkplätze nahe an den Zugängen der Anlage liegen. Eine solche systematische Erfassung liegt bei diesem Konzept leider immer noch nicht vor. Bestes respektive ein schlechtes Beispiel ist die Turnfabrik und die Schwinghalle, wo zwar genug Abstellmöglichkeiten für Velos vorhanden sind, aber wirklich dafür vorgesehen ist die genutzte Fläche nicht. Die Veloabstellplätze entsprechen – wenn überhaupt – nur minimalen Standards für Veloabstellplätze. Auch in der Beilage G PDF-Seite 72 ist genau diese Abstellfläche nicht eingezeichnet. Nächstgelegener offiziell eingezeichneter Veloabstellplatz liegt bei der Kunsteisbahn. Auch da wünsche ich mir eine genauere Arbeitsweise eines Ingenieurbüros. Und ja, genau wie beim ÖV ist wiederum die Erreichbarkeit der Anlage aus der Umgebung, zum Beispiel von Velorouten gemäss

dem Velo- und Fussverkehrskonzept oder von Quartierstrassen sehr wichtig, und zwar auch wieder lückenlos. Stichwort: schwächstes Glied der Kette.

Um bei der Kleinen Allmend zu bleiben: Zum Beispiel führt die Veloroute 10 aus dem Fuss- und Verkehrskonzept der Stadt im zwei Ästen zu diesen weiträumigen Sportanlagen, und dafür muss die Schaffhauserstrasse überquert werden. Beide Querungspunkte sind auch für Erwachsene eine grosse Herausforderung. Will man sein Kind mit dem Velo bei dichtem Feierabendverkehr lebend ins Training schicken oder bei Dunkelheit wieder heil zu Hause empfangen, dann bleiben nur die Optionen, die Schaffhauserstrasse das Velo schiebend auf einem Fussgängerstreifen zu überqueren, was ja auch nicht ungefährlich ist, oder halt doch mit dem Auto Elterntaxi zu spielen.

Anhand dieser Ausführungen und Beispiele möchte ich aufzeigen, dass bei der Erschliessung mit ÖV, Velo und zu Fuss in der Stadt noch ein grosser Nachholbedarf herrscht und es mit einer oberflächlichen Behandlung dieser Themen wie in diesem Konzept nicht getan ist. Der Teufel liegt im Detail, um die schwächsten Glieder in der Verkehrswegkette für Fussgängerinnen und Fussgänger ab ÖV-Haltepunkten oder vielleicht auf dem ganzen Weg sowie für Velofahrende zu verbessern, das heisst sicher und attraktiv zu machen.

Ich hoffe, dass dieses Plädoyer dem Stadtrat hilft, diese doch sehr wichtigen Detailthemen im zu überarbeitenden Richtplan für den Verkehr zu berücksichtigen. Die Schaffhauserstrasse soll nächstens saniert werden. Ich hoffe zum zweiten, dass diese Schwachstellen dann angegangen werden. Aber es bleibt ja auch noch die Thurstrasse im Osten und Norden der Kleinen Allmend sowie andere Anlagen mit Publikumsverkehr in der Stadt, wo diese schwächsten Glieder in der Verkehrskette zu stärken wären.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich begrüsse Gemeinderat Nathanael Hug im Rat. Es sind aktuell 34 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 18.

Gemeinderat Ivo Begic (GLP), Referent im eigenen Namen: Ich habe nicht viel zu sagen, schlussendlich haben wir heute Abend alles gesagt, was zu sagen ist. Jeder hier weiss, dass wir die Anlagen sanieren müssen und jeder in diesem Saal weiss, dass es wichtig ist, bestimmte Mittel für diese Anlagen zu organisieren. Was mich persönlich interessiert ist einfach, woher wir dieses Geld nehmen. Und noch wichtiger, wie wir das zurückzahlen. Das sind die beiden Sachen, die mich interessieren, und ich wäre sehr dankbar für diese Informationen. Selbstverständlich brauchen wir auch eine genaue Summe für alle Arbeiten, die man bei diesen Sanierungen zu erledigen vorhat.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich trete erst auf die verschiedenen Voten ein und mache dann abschliessend eine Zusammenfassung, weil ich gewisse Voten so in der Einheit beantworten kann.

Ich möchte erst auf das Votum der Fraktion CH/GP/ GLP, vorgetragen durch Gemeinderat Roman Fischer, eingehen. Böse Zungen behaupten, es sei auch genügend Zeit für ein Halleluja, ich gehe später darauf ein. Die fehlende Vernehmlassung werde ich ebenfalls aus unserer Sicht beantworten, wessen Meinung das ist. Es ist noch keine Meinung, es ist vielmehr eine Bestandesaufnahme der Ist-Situation. Wir sollten eine Grobplanung an die Hand nehmen, das ist genau mit diesem Instrument eben passiert.

Die Aussengemeinden wurden auch mehrfach angesprochen, sie zu Beteiligten zu machen. Selbstverständlich machen wir das und wünschen wir uns das auch, aber wir haben kein Gesetz, das uns das einfach so machen lässt oder die Aussengemeinden verpflichten lässt. Ich möchte Sie daran erinnern, bei der Schlossbadi haben wir diesem Versuch gemacht. Wir haben alle Partnergemeinden in der Regio Frauenfeld an den Tisch gebeten mit dem Resultat, dass keine einzige Aussengemeinde sich für einen Investitionsbeitrag erwärmen konnte. Und wenn Sie finden, der Franken Differenz sei ein Hohn, das stimmt, das mag wie ein Hohn klingen, ich muss Sie aber

daran erinnern, dass dieser Gebührentarif mit der Botschaft zur Schlossbadi genau durch diesen Rat eben so für gut befunden wurde.

Dann zum Votum von Claudio Bernold der FDP: Genau diese Synergien mit den Schulen suchen wir immer. Wir kommen auch noch später darauf zurück. Das haben wir auch im Gebiet Murgbogen gesucht. Genau dort, wo eben das Gebiet Murgbogen entwickelt werden soll, wo künftig 5000 oder 7000 Menschen wohnen und arbeiten werden, besteht auch Bedarf für Schulen. Und wenn die Schulen allein eine Turnhalle bauen möchten, dann macht dies doppelt keinen Sinn, denn sie gehen einen Einzelweg und wir auch. Dann ist sie bei den Schulen abends leer und bei uns tagsüber. Das macht nur Sinn, wenn wir gemeinsam in solchen Gebieten entwickeln und planen.

Zur SVP/EDU: Hanspeter Gubler meinte, eine Strategie wäre wünschenswert, darauf gehe ich später nur zusammenfassend ein. Und wegen Baurechten: Baurechte werden auch auf der Kleinen Allmend in der Grössenordnung über 2'000 m² durch diesen Rat bestimmt und zugestimmt. Die werden also durch euch erteilt und nicht durch uns.

Christoph Tobler von der SP meinte, die Wanderwege seien zu berücksichtigen. Ja, selbstverständlich, Wandern ist die Sportart, ist unter anderem in der Schweiz abgesehen davon auch die tödlichste Sportart von allen. Auf die Frage, warum das so lange gedauert hat, komme ich noch zurück, auch zur Dreifachturnhalle, die Beda Stähelin erwähnt hat. Die Auenfeldhalle fällt weg. Wer weiss denn das hier so genau? Wir wissen es noch nicht, wir sind in Verhandlungen mit der Armee, wir sind daran, einen neuen Vertrag zu verhandeln. Und dasselbe gilt auch für die Schulen, wo wir ebenfalls in Verhandlungen stehen.

Zu den Äusserungen von Die Mitte/EVP, Beda Stähelin hat sie im Namen von Nathanael Hug vorgetragen: Erwähnt worden ist der bedenkliche bauliche Zustand. Genau. Wieso hat denn der Stadtrat nicht früher darauf hingewiesen? Ich kann nicht für unsere Vorgänger sprechen, ich weiss aber, dass wir uns in den letzten vier Jahren intensiv damit auseinandergesetzt haben. Zur dafür benötigten Dauer etwas später.

Angesprochen wurden die beiden übereinanderliegenden Turnhallen in der BZT. Der Entscheid der Stadt gründete damals darauf, dass wir nicht eine Dreifachturnhalle bauen wollten, weil sie einfach im falschen Quartier lag und für den ganzen Zu- und Wegverkehr nicht als günstig taxiert wurde.

Die Zentrumslasten sind ein grosses Thema und beschäftigen uns nicht nur im Thema Freizeit und Sport. Unsere kurzfristige Massnahme für die Hallenbelegung sieht vor, dass wir gemeinsam mit allen Partnern, die im Raum Frauenfeld Hallen zur Verfügung stellen, also die Armee, die Kanti, die Schulen Frauenfeld und wir, harmonisieren. Da sind wir mit Hochdruck daran, dass die Belegung optimiert werden kann.

Die knappe Million, welche in die Auenfeldhalle investiert wurde, war tatsächlich mit einem Zeitfaktor versehen, sodass wir heute kein Mitspracherecht mehr haben, sondern mit der Armee in Verhandlung treten oder mit der armasuisse in Verhandlung getreten sind.

Roman Fischer hat im eigenen Namen das Verkehrskonzept angesprochen, aber wir sprechen hier von einem Freizeit- und Sportanlagenkonzept. Die Erreichbarkeit der Sportanlagen durch den ÖV wurde grundsätzlich nicht durch uns, sondern von den gängigen Werten als gut empfunden. Das Konzept ist noch in einer so hohen Flughöhe, dass die Abstellplätze oder die Bushaltestellen nicht metergenau eingezeichnet sind. Wir nehmen das aber selbstverständlich auf.

Ganz generell: Es fehlten bisher in diesem Bereich aussagekräftige Analysen zu Angebot und Nachfrage, jetzt nicht mehr. Zusätzlich weisen wir mit diesem Dokument den Sanierungs- und

auch den Erneuerungsbedarf aus. Die daraus zu erwartenden kurz-, mittel- und langfristigen finanziellen Auswirkungen sind jetzt transparent geworden. Unser Konzept legt fest, was überhaupt die Ziele sind und warum wir diese erreichen möchten. Wir haben diese mit dem Konzept jetzt vorgegeben, und es liefert Klarheit zum Ist-Bestand und auch über die gesellschaftliche Entwicklung und Bedürfnis der Nutzenden.

Zur Vernehmlassung: Aus unserer Sicht ist das Gesamtkonzept noch keine Basis oder Dokument für die Vernehmlassung. Wir haben einen anderen Weg gewählt. Wir haben die Bevölkerung, also auch Sie alle als Basis zur Umfrage eingeladen, wir haben alle Vereine befragt. Aufgrund dieser Basis wurde das Gesamtkonzept erstellt. Das vorliegende Konzept enthält noch nicht eine konkrete Ausführungsplanung, sondern wir haben jetzt den Ist-Zustand, also eine Bestandsanalyse und die Bedürfnisse ermittelt und werden in der laufenden Legislatur daraus den Masterplan entwickeln, priorisieren und Wege aufzeigen. Momentan sind wir mit dem Papier noch nicht auf der Stufe Vollzugsfähigkeit.

Wieso wurde in den letzten 20 Jahren nichts gemacht? Das ist eine Frage, die mehrfach unterschiedlich gestellt wurde. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: Das Garderobengebäude auf der Kleinen Allmend wurde vor über 12 Jahren vorgeschlagen, energetisch zu sanieren. Das wurde weggespart, deshalb ist der Zustand noch wie damals.

Der heutige Stadtrat schaut hin, bringt die Themen auf den Tisch, welche Kosten auslösen, teilweise aber auch unpopulär sind. Und wir zeigen einen Weg auf, wie die Attraktivität unserer Stadt gleich hoch bleiben kann.

Zur Frage, warum die Erstellung des Gesamtkonzepts länger gedauert hat: Die Basis dazu bildete die Machbarkeitsstudie der Kleinen Allmend aus 2018. Die Legislatorschwerpunktthemen folgten 2019 und das Gesamtkonzept erschien 2020 im Budget. Für solche Arbeiten besteht im Amt für Freizeit und Sport ein wirklich kleines Team. Ich betone nochmals, es ist eigentlich eine One-Man-Show, ergänzt durch einige wenige Stellenprozente von Mitarbeitenden aus dem Amt. Aber unser Amtsleiter hat alles gegeben, und ich bin entgegen Ihrer Kritik dankbar für das, was er trotz aller Widrigkeiten in den letzten vier Jahren erreicht hat. Ich möchte das deshalb so betonen, weil ich finde, es reicht nicht, einfach einmal zu klatschen, zum Beispiel nach der Rechnungssitzung. Sondern ich möchte dies jetzt so betonen. Wir arbeiten im Tagesgeschäft und hatten in dieser Zeit auf allen unseren Anlagen zwei Lockdowns zu bewältigen. Wir hatten uns während dieser Zeit mit Sicherheitskonzepten herumzuschlagen. Daneben bauten und pflanzten wir erst die Schlossbadi. Im Jahr 2020 wurde uns intern die Bauherrenvertretung aus einem anderen Amt gekündigt, weil die Ressourcen auch dort nicht reichten. Wir haben dann extern eine Offerte für die Bauherrenvertretung in wirklich grosser Summe, in einer sechsstelligen Zahl eingeholt. Wir haben uns dann auch zu Gunsten der Kosten unserer Rechnung entschieden, dass wir die Arbeiten im Amt selber übernehmen. Nach der Ausführungsplanung wurde dann das Hallenbad geschlossen, den Rest der Geschichte kennen Sie. Und glauben Sie wirklich, dass neben all dem, was da in diesem Amt gelaufen ist, wir auch noch die Konzepte, die wir versprochen hatten, das ist uns bewusst, zeitgemäss abgeben konnten? Ich möchte mich deshalb mit allem Ausdruck beim Team bedanken, beim Leiter Sportanlagen und Leiter des Amts, dass sie das jetzt trotzdem erreicht haben. Wir zeigen damit den Handlungsbedarf auf und haben eine Grundlage für die strategische Planung. Wir halten an bisherigen Standorten wie der Kleinen Allmend fest und möchten Bestehendes wo möglich erhalten. Die Bedürfnisse sind jetzt abgeholt für populäre, aber auch Randsportarten. Das Gesamtkonzept legt jetzt die Basis für die weiteren Handlungen fest, welche wir dem Rat auch einzeln vorlegen werden. Die möglichen Massnahmen sind aufgeführt. Das Konzept gibt uns jetzt eine Übersicht, und wir werden in dieser Legislatur einen Masterplan erarbeiten und damit den weiteren Weg für die Massnahmen aufzeigen.

Abstimmung

Das Gesamtkonzept Freizeit- und Sportanlagen wird mit 34 Stimmen zur Kenntnis genommen.

29

BOTSCHAFT NR. 5 «STRATEGIE AZP 2030» EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 5 «Strategie AZP 2030» vom 22. August 2023 wurde am 24. August 2023 in dem Dossierbrowser geladen.

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

Detailberatung

Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeit: Zuerst danken wir dem Stadtrat und den beteiligten Mitarbeiter*innen des AZP für die Ausarbeitung der Botschaft und die Erarbeitung der Strategie für das Alterszentrum Park, auch für die Überarbeitung nach der Vernehmlassung.

Auf den ersten Blick wirkt die Strategie überzeugend. Vieles davon ist nachvollziehbar und mit dem aktuellen AZP vor Augen durchaus gerechtfertigt. Es wird eine dem heutigen AZP ähnliche Institution geplant, nur neuer und angepasst an jetzt gerade akute geriatrische Themenfelder. Das ist gut. Und dennoch hinterlässt die Lektüre bei uns insgesamt ein flattes Gefühl. Es fehlt der Blick in die weitere Zukunft und was diese mit sich bringen wird. Die grossen Fragestellungen des gesellschaftlichen und politischen Kontexts bleiben unbeantwortet. Welche Art von Alterswohnen wird in Zukunft gefragt sein? Wer möchte eine solche Leistung in Anspruch nehmen? Welche Wohnformen werden diese Menschen wünschen? Welches Personal gibt es dann, das diese Menschen auf welche Art versorgen kann? Wie gehen wir mit zukünftigem Personalmangel und der sich in die andere Richtung entwickelnden Demografie um? Welche Rolle spielt in Zukunft die Digitalisierung in diesem Bereich? In welchem Verhältnis werden ambulante und stationäre Dienstleistungen stehen? Werden weiterhin grosse Zentren gefragt sein oder eher dezentrale Strukturen in den Quartieren? Wie ist die Strategie für das AZP eingebettet in das Alterskonzept der Stadt? Warum wurde das Alterskonzept aus dem Jahr 2013 nicht vorgängig überarbeitet? In welchen Bereichen wäre eine Kooperation mit anderen Institutionen allenfalls möglich? Und all diese Fragen resultieren dann in der entscheidenden Frage: Braucht es ein solches Alterszentrum in dieser Grösse und dieser Ausrichtung an diesem Standort in 20, 30, 40 Jahren? Auf welchen Annahmen basiert diese Strategie? Gibt es vielleicht Varianten?

Zum Schluss noch eine weitere grosse, schwierige Frage – das haben wir heute schon in anderem Zusammenhang gehört: Wer finanziert eine solche Einrichtung? Was übernimmt die Stadt? Muss der Betrieb kostendeckend sein? Welche Tarife für Bewohnende sind möglich und auch verträglich? In diesen Fragen sind wir uns in der GPK naturgemäss nicht einig. Aber einig sind wir uns darin, dass diese Fragen gestellt und politisch entschieden werden müssen. Wir sind entschieden der Meinung, dass all diese, zugegebenermassen schwierigen und komplexen Fragen jetzt auf übergeordneter Ebene gestellt und diskutiert werden müssen, wobei wir annehmen, dass viele dieser Fragen im Denkprozess schon aufgenommen wurden; sie kommen in der Strategie aber nicht richtig zum Ausdruck. Wenn die konkrete Planung bereits angerollt ist, wäre es dann eben zu spät dafür. Wirklich innovatives Denken ist jetzt für die Zukunft – eben für in 20, 30, 40 Jahren gefragt in Bezug auf Wohnformen, Personalwesen und Organisationsstrukturen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir möchten uns bedanken bei der Vorsteherin des Departements für Alter und Gesundheit und ihrem Team für die Ausarbeitung der Botschaft, die uns heute zur Kenntnisnahme vorliegt. Explizit anerkennen wir die Bemühungen der amtierenden Stadträtin und ihres Teams, die Strategie im Nachgang zum Vernehmlassungsverfahren qualitativ aufzuwerten.

Gemäss Art. 52 lit. b der Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. 5 des Reglements über das AZP führt die Gemeinde das Alterszentrum Park, das eine den Bedürfnissen von betagten Personen angepasste und zukunftsorientierte Wohnmöglichkeit, Pflege und Betreuung bietet. Das ist eine sehr vage und generische Aufgabenbeschreibung, die zwingend der Interpretation bedarf.

Eine Strategie muss im Kontext übergeordneter gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen Antworten zu Fragen liefern wie: Was verstehen wir unter betagten Personen? Wer ist heute und wer ist morgen unser Kunde? Und wer wird nicht unser Kunde sein? Was sind die Bedürfnisse und Vorlieben unserer Kunden heute und wie werden sich diese entwickeln? Welche Dienstleistungen und Produkte werden erwartet? Wie entwickelt sich der Markt? Was zeichnen sich für Trends ab? Welche Anforderungen wird unser Kunde an zukunftsorientierte Wohnmöglichkeiten, Pflege und Betreuung stellen? Wie ändert sich das Umfeld? Was sind die demografischen, sozialen und institutionellen Herausforderungen? Wie sind wir aufgestellt? Was sind die Stärken und Schwächen des AZP? Inwieweit ist das AZP als öffentliche Institution in der Lage, in diesem zunehmend dynamischen und kompetitiven Umfeld nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu agieren?

Das Deckblatt des Strategiekonzepts zeigt eine hart am Wind segelnde Yacht. Wer segelt, muss seinen Kurs den Windverhältnissen anpassen, und zwar dauernd. Dies setzt Agilität voraus, Bereitschaft zur Veränderung und die Fähigkeit, sich neuen Verhältnissen anzupassen. Der Wind, das sind im Kontext des AZP die sich verändernden Bedürfnisse der immer heterogener werdenden Gruppe der älteren Menschen. Die Segler, das sind die immer weniger werdenden Pfleger und Finanzierer. Das AZP muss sich also so aufstellen, dass es mit immer weniger Seglern in einem finanziell angespannten Umfeld immer anspruchsvoller werdende Windverhältnisse meistern kann. Auf diese Herausforderung liefert das Konzept für das AZP keine Antworten. Die vorliegende Strategie ist keine belastbare Grundlage, um Investitionen auszulösen und keine belastbare Grundlage, um das AZP in die Zukunft zu führen. Uns fehlt eine gründliche Analyse, die aufzeigt, wie sich die Bedürfnisse der älteren Menschen im Zeichen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen verändert und was die Auswirkungen der demografischen Dynamik sind. Was bedeutet technologischer Fortschritt, Digitalisierung und Robotics für die Pflege? Wir vermissen die Prüfung von möglichen Partnerschaften oder Kooperationen zur Nutzung von Synergien sowie die Gegenüberstellung verschiedener Modelle und Ansätze für das Leben im Alter. Für uns ist nicht ersichtlich, auf was für Annahmen die Strategie fusst und es fehlt die Bezugnahme auf relevante Trends im Markt. Ich beziehe mich nachfolgend exemplarisch auf die Bedarfsplanung und vier der fünf Handlungsfelder der Strategie AZP.

Für die Bedarfsplanung stützt sich das AZP auf die kantonale Pflegeheimquote 2016. Curaviva, der Branchenverband der Dienstleister für Menschen im Alter, hält in seinem Wohn- und Pflegemodell 2030 fest, dass dieses einfache, prozentuale Berechnungsmodell überholt sei, da die Vielfalt und Komplexität des Alters so nicht abgebildet werden könne, da ja nicht nur die Anzahl der älteren Menschen steigt, sondern auch deren individuelle Bedürfnisse. Der Bedarf an Dienstleistungen der Pflege sei ganzheitlicher zu planen. Warum wurde hier auf das veraltete Bedarfsrechnungsmodell gesetzt?

Markt, Kunde, Mitarbeiter: Die demografische Dynamik beeinflusst unmittelbar das Pflegeangebot. Der Anteil älterer Menschen wächst, und eine höhere Lebenserwartung führt dazu, dass die Zahl der 80-Jährigen und Älteren rasch ansteigt. Gleichzeitig nimmt der Anteil der arbeitenden Bevölkerung ab. Mit den Babyboomern wird erstmals eine grosse Gruppe in den Markt eintreten, die sehr heterogene und individuelle Bedürfnisse geltend machen wird. Wer heute alt wird, will selbstständig und selbstbestimmend leben. Stichwort: länger zu Hause leben, auch in der vierten Lebensphase. Unter diesen Umständen muss die Alterspflege neu gedacht werden, mehr von der Nachfrageseite getrieben und weniger vom Anbieter. Ausgebaut werden müssen also ambulante Angebote. Immer häufiger werden Dienstleistungen auch von neuen, externen Anbietern erbracht. Stichwort: integrative Versorgung entlang des gesamten Patientenpfads. Was gibt es für Überlegungen hierzu? Werden Kooperationen geprüft? Aus dem Strategiepapier geht nicht hervor, inwieweit dieser Trend berücksichtigt wird. Auch fragen wir uns, welche Massnahmen aus

dem sich verschärfenden Arbeitskräftemangel im Bereich der Pflege und der Hotellerie abgeleitet werden.

Zur Infrastruktur: Ein wesentlicher Trend in der Alterspflege ist gemäss Curaviva die zunehmende Dezentralisierung der Angebote, anstelle von grossen Gebäuden vermehrt kleinere, in den Sozialraum eingebettete Wohnformen in Wohnquartieren. Stichwort Generationenwohnen. Das Bundesamt für Wohnungswesen unterstützt zum Beispiel Projekte des ETH-Wohnforums zum Generationenwohnen. Es gibt Sammelstiftungen, die sich auf die Investition in Wohn- und Lebensraum für das Älterwerden spezialisiert haben und sich in solchen Projekten von der Entwicklungs- bis zur Betriebsphase engagieren. Gern möchten wir wissen, ob das AZP mit solchen Marktteilnehmern in Kontakt steht.

Finanzen: Der Gesetzgeber hat die Aufgaben des AZP generisch und vage umschrieben. Die finanziellen Anforderungen hingegen hat er sehr klar und unmissverständlich festgelegt. Art. 52 Abs. 4 und 5 der Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. 20 Abs. 2 Reglement für den Betrieb des AZP legen fest, dass die festgesetzten Preise im Pflegeheim mindestens die Betriebskosten zu decken sowie Rückstellungen für allfällige Betriebsdefizite und werterhaltende Investitionen zu ermöglichen haben und dass in der Parksiedlung die Vollkosten zu decken seien (Art. 20 Abs. 5 des Reglements). Diesen Anforderungen konnte das AZP im Bereich des Pflegeheims über die letzten 10 Jahre gerechnet nicht nachkommen. Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten trüben sich ein. Der Arbeitskräftemangel wird das Problem steigender Personalkosten weiter verschärfen. Die Stadtfinanzen sind nicht ausgeglichen, das Zinsumfeld steigt, immer mehr ältere Menschen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen, um Pflege und Betreuung im Alter finanzieren zu können. Und immer weniger junge Menschen müssen für exponentiell wachsende und Alters- und Gesundheitskosten aufkommen. Kann das AZP unter diesen verschärften Bedingungen seinem institutionellen Auftrag in finanzieller Hinsicht gerecht werden? Kann sich die Stadt vor diesem Hintergrund eine Investition von fast 100 Mio. Franken leisten? Und wie entwickeln sich die Kosten für den Betrieb des AZP? Wäre es nicht angezeigt, diese Investition in den Kontext anderer anfallender Vorhaben der Stadt zu stellen? Und wäre es nicht angezeigt zu prüfen, ob es die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Träger, Finanzierer, Betreiber und Leistungserbringer für Angebote im Bereich Wohnen und Pflege im Alter zu sein? Gibt es nicht private oder gemischtwirtschaftliche Angebote, die nachhaltiger sind, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer? Angebote, die den Bedürfnissen aller Marktteilnehmer besser entsprechen würden?

Die vorliegende Strategie ist aus unserer Sicht keine belastbare Grundlage, um Investitionen auszulösen und keine Grundlage für das AZP, um es so in die Zukunft zu führen. Uns fehlt die Bedürfnisanalyse mit klar umrissenen, zukünftig zu erwartenden Anforderungen ans Produkt AZP und dessen Dienstleistungen und Planrechnungen zu den skizzierten Investitionen. Auch die Prüfung von Kooperationen ist nicht vorhanden. Die in Aussicht gestellte Machbarkeitsstudie für die Um- und Neubaupläne wird diesbezüglich keine Klärung bringen, und wir weisen den Stadtrat darauf hin, dass wir einem Kredit unter diesen Umständen nicht zustimmen können. Wir empfehlen dem Stadtrat, die Strategie nochmals kritisch auf den Prüfstand zu stellen und die aus unserer Sicht fehlenden Punkte wie von uns aufgezeigt zu überdenken und zu ergänzen.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Zuerst möchte ich mich beim Stadtrat, den zuständigen Mitarbeitenden des AZP und allen involvierten Personen für die Erarbeitung der Strategie und die Anpassungen nach der Vernehmlassung bedanken.

Die Entwicklung zeigt, dass immer mehr Menschen in Frauenfeld leben und diese Personen immer älter werden. Dazu kommt der Fachkräftemangel, der sich gerade in dieser Branche extrem zuspitzt. Unserer Meinung nach braucht es visionäre Ideen, wie dieser Problematik entgegengewirkt werden kann. Leider sehen wir das zu wenig in der Strategie AZP 2030. Wir haben den Eindruck, dass es sich weniger um eine Strategie als mehr um eine blumige Vision handelt. Unsere Fraktion

ist zudem der Meinung, dass die Rückmeldungen der Vernehmlassung zu wenig in die Überarbeitung der Strategie eingeflossen sind. Wir hätten uns erhofft, dass die erwähnten Punkte nochmals kritisch überdacht werden und dass nicht einfach das Geschriebene gerechtfertigt wird. Uns ist bewusst, dass auf dem Platz Frauenfeld drei Alters- und Pflegeheime von drei unterschiedlichen Trägerschaften angesiedelt sind. Trotzdem halten wir es für wichtig, eine mögliche Zusammenarbeit zum Beispiel im Bereich Wäscherei, Hotellerie, technischer Dienst, Pflegemitarbeitende, ärztliche Betreuung, Pflegeangebote etc. zu überdenken und allenfalls auch in Kontakt miteinander zu treten, um weitere mögliche Synergien zu eruieren. Der Fachkräftemangel wird auch die anderen beiden Marktmitstreiter nicht verschonen, und so könnten alle von dieser Zusammenarbeit profitieren. In diesem Zusammenhang sind unserer Meinung nach auch weitere Prüfungen des optimalen Standorts für das AZP in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt der Stadt zu überprüfen. Allgemein erhoffen wir uns eine enge, departementsübergreifende Zusammenarbeit, um mögliche Synergien nutzen zu können und auch weitere Möglichkeiten zu entdecken. Wurde in diesem Zusammenhang bereits das Gebiet Rüegerholz in Betracht gezogen? Oder hat man Überlegungen zu dezentralen Standorten in Quartieren gemacht?

Am meisten Sorgen machen uns jedoch die Finanzen. Es werden voraussichtlich Investitionen von mehr als 90 Mio. Franken nötig werden. Man hat bisher lediglich die Möglichkeit ins Feld geführt, die Finanzierung über Steuergelder oder über die Tarife der Bewohnenden sicherzustellen. Dazu braucht es unserer Meinung nach vorgängig einen politischen Grundsatzentscheid, in welche Richtung man als Stadt gehen möchte. Wenn man die Tarife weiter erhöht, könnte das zur Folge haben, dass preislich nicht mehr alle Bettenplätze unter der EL-Limite liegen. Bei der Finanzierung durch Steuergelder schätzen wir eine Erhöhung des Steuerfusses um 8-10 % für das nötige Kapital und die mit dem Neubau verbundenen Abschreibungen. Allenfalls ist auch im Grundsatz zu entscheiden, ob man daran festhalten möchte, als Stadt ein Altersheim zu betreiben oder ob alternative Möglichkeiten bestehen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP bedankt sich beim Stadtrat für die Ausarbeitung der Strategie AZP 2030. Wie aus den Beilagen ersichtlich, gab es durch die Vernehmlassung eine breite, konstruktive Rückmeldung. Wir sind überzeugt, dass die wesentlichen Punkte gut in die definitive Fassung eingearbeitet wurden. Daher erstaunt es mich etwas, dass so viele Fragen noch offen sind, obwohl wir eine breite Vernehmlassung machen und dementsprechend auch schon Rückmeldungen anbringen konnten.

Mit der Strategie wird aufgezeigt, wie schnell und stark sich die Anforderungen, Wünsche und Einflüsse von aussen in diesem Bereich ändern. Es müssen Lösungen für den Fachkräftemangel gefunden werden, die demografische Entwicklung sowie das Bedürfnis stationär vor ambulant sind wesentliche einflussnehmende Faktoren. Die Tendenz, später in ein Heim einzutreten, hat zur Folge, dass oft auch der Gesundheitszustand der Bewohnenden schlechter und somit die Aufenthaltsdauer kürzer ist, was wiederum einen grossen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hat. Auch die Zunahme von demenziellen Erkrankungen und Depressionen wirkt sich auf den Betrieb eines Pflegeheims aus, sowohl was die Infrastruktur, die Finanzen, aber auch die Mitarbeitenden betrifft. In der Vision und der Mission wird gut umschrieben, was man erreichen, aber auch anbieten will. Konkreter wird es bei den fünf Handlungsfeldern.

Infrastruktur: Die wechselnden Anforderungen und Bedürfnisse der Bewohnenden haben zur Folge, dass auch bauliche Anpassungen periodisch erfolgen müssen. In welchem Umfang und an welchen Standorten dies passiert, muss nun erst evaluiert und geprüft werden.

Finanzen: Die Finanzen werden auch, aber nicht nur durch die Infrastruktur beeinflusst. Faktoren wie die Höhe der Ergänzungsleistungen und der Pflegenormkosten sowie die Löhne der Mitarbeitenden haben einen grossen Einfluss auf das Mach- und Wünschbare. All dies macht die Vorgabe einer ausgeglichenen Rechnung zu einer ständigen grossen Herausforderung.

Mitarbeitende: Attraktive Arbeitsplätze, interessante Aufgaben, flexible Arbeitsmodelle, engagierte Teams, aber auch ein guter Lohn sind wichtig für die Mitarbeitenden. Es gilt nun, die richtige Balance zu finden, damit man immer über gut ausgebildetes, motiviertes Personal verfügt.

Markt, Kunden: Modulare Leistungen und ein guter Standort werden den Entscheid für oder gegen eine Institution noch mehr beeinflussen. Auch die Gastronomie gewinnt an Bedeutung. Das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner wird mit den Effekten Qualität, Attraktivität und personalisierte Angebote gut umschrieben.

Prozesse: Die Prozesse definieren sich aus den An- und Herausforderungen von allem. Wichtig ist, dass die Digitalisierung Einzug hält, aber nicht überhandnimmt. Im Zentrum steht immer noch der Mensch, sei dies bei den Bewohnenden oder den Mitarbeitenden.

Auch wenn mit einer Strategie viel Arbeit abgeschlossen ist, beginnt die wirkliche Arbeit erst jetzt. Eine Strategie zeigt den Weg auf, nun werden Projekte ausgelöst, welche auf ihre Kosten und Machbarkeit hin überprüft werden müssen. Wichtig ist, die Energie und die Motivation aus dem Strategieprozess aufzunehmen und weiterzuführen. Wir wünschen dem Stadtrat und dem Team des AZP viel Erfolg dabei und nehmen in diesem Sinn Kenntnis von der Strategie AZP 2030.

Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP:

Auch wir als Fraktion danken der zuständigen Stadträtin und den Mitarbeitenden für die Ausarbeitung der Botschaft und die Berücksichtigung der Vernehmlassung in der neuen Version der Strategie.

Aus sozialdemokratischer Sicht möchte ich zuerst auf den Bereich Personal zu sprechen kommen. Auch wenn dieser Bereich in dieser Version nun mehr Gewicht bekommen hat, möchten wir darauf hinweisen, dass die Personalentwicklung der wohl wichtigste Pfeiler der Zukunft sein wird. Fachkräftemangel – wir haben es heute schon oft gehört –, Abwanderung in andere Kantone, Ausstieg aus dem Beruf, Langzeitausfälle, Ausweichen auf temporäre Anstellungen sind Themen, die schon jetzt beschäftigen und die sich wohl in Zukunft verstärken werden. Die Anstellungsbedingungen werden sich zugunsten der Arbeitnehmer*innen verändern müssen, und zwar fundamental. Die Agency, die Handlungsmacht der nachkommenden Arbeitnehmer*innengeneration wird gross sein. Sie werden weniger sein, und ihre Arbeitskraft ist für die Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Sie werden sich ihre Anstellung aussuchen können – zu ihren Bedingungen. Dazu gehört sicher ein höherer Lohn, aber eben nicht nur. Es wird flexible, familienfreundliche Arbeitszeitbedingungen brauchen, um diese Mitarbeiter*innen zu gewinnen. Vielleicht auch tiefere Arbeitszeiten, um sich von diesem schönen, aber eben auch anstrengenden Beruf immer wieder erholen zu können. Es wird aber auch eine institutionelle Kultur brauchen, welche diese neue Generation von Mitarbeitenden anzieht, auch durch Wertschätzung und Mitsprachemöglichkeiten. Der Wettbewerb um diese Fachkräfte hat schon gestartet und wird sich immer weiter akzentuieren. Hier braucht es Innovation und eine vorausschauende Haltung, welche beispielsweise die Umsetzung der Pflegeinitiative als Minimum in eine neue Richtung sieht und nicht als notwendiges Übel. Das Personal leistet eine derart wichtige Arbeit für die Gesellschaft, dass hier die Priorität der Entwicklung gesetzt werden muss.

Als zweiten Schwerpunkt möchten wir den Planungshorizont ansprechen. Auch wenn die Strategie AZP 2030 heisst, nimmt sie mit den angedachten Bauten die Entwicklung über Jahrzehnte hinaus vorweg. Und dafür sehen wir in der Strategie zu wenig Reflexion und Begründung. Ein Riesenprojekt mit dieser finanziellen Tragweite wird die weitere Stadtentwicklung über lange Zeit blockieren und erhält damit ein so ausgeprägtes Gewicht, dass wir erwarten, dass dies im Ganzen eingeordnet und reflektiert wird. Die offenbar über Jahrzehnte vernachlässigte Liegenschaftsplanung, gesäumt von stetigen Steuersenkungen statt von Rückstellungen für Investitionen rächt sich jetzt. Diese bürgerliche – man muss es sagen – kurzsichtige Politik der vergangenen Jahrzehnte hat jetzt konkret zur Folge, dass nun an verschiedenen Orten gleichzeitig gebaut werden muss und kein Geld dafür vorhanden ist. Auch in den letzten Jahren hat man offenbar die Augen

davor verschlossen. Beim AZP hat man mindestens seit 2018 Kenntnis vom riesigen Investitionsbedarf, so weist es eine in der Strategie zitierte Studie aus, und trotzdem hat man fleissig weiter Steuern gesenkt. Für uns unverständlich. Aus unserer Perspektive braucht es nun ein paar Schritte zurück. Es braucht eine politische Grundsatzdiskussion über die Finanzierung des AZP, über die Organisationsstruktur und damit auch über die zukünftigen, für die Menschen zumutbaren Tarifstrukturen. Dazu gehört es auch, ganz grundsätzlich darüber nachzudenken, welche Angebote in den nächsten Jahrzehnten wirklich gefragt sein werden. Wann werden die Menschen in eine solche Institution eintreten? Für welche Menschen planen wir überhaupt? Wie können Wohnangebote auch für Menschen mit wenig finanziellen Mitteln gestaltet werden, ohne dass es in Richtung Zweiklassengesellschaft geht? Welche Wohnformen werden sie bevorzugen? Die zukünftigen Kunden einer solchen Institution werden wohl zu grossen Teilen kein starres, stationäres Angebot mehr wollen, sondern es braucht vielleicht modulare, dezentrale Formen. Die Mündigkeit der Menschen und ihre Partizipation wird stärker gewichtet werden müssen als bis anhin. Über all das muss man nachdenken. Und zwar jetzt, bevor man mit einer Bauplanung Bestehendes zementiert. Das wunderbare, in der Strategie abgebildete Segelschiff braucht unserer Meinung nach also nochmals einen Zwischenhalt, bevor es dann wirklich lossegeln kann.

Gemeinderat Luc Pizzini (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Die Ausgangslage, welcher wir gegenüberstehen, fühlt sich an wie so manche andere in den letzten Monaten. Wir stehen vor einer in die Jahre gekommenen Infrastruktur, in welche zwingend investiert werden muss. Über den Handlungsbedarf muss somit nicht diskutiert werden, jedoch kommt dadurch das Gefühl auf, dass viele Aspekte nicht berücksichtigt werden konnten. So muss in den Augen unserer Fraktion eine allgemeine Strategie zur Alterspolitik in Frauenfeld geklärt werden, bevor man sich der Strategie des AZP zuwendet. Denn die Stadt verfügt zum Beispiel über ein Alterskonzept aus dem Jahr 2013. Wie sehr dieses aber berücksichtigt wurde, ist ungewiss. Und ob dieses nach 10 Jahren wieder überarbeitet werden müsste, ist nochmals eine weitere Frage.

Nun zur Strategie AZP 2030: Sie wirkt durchdacht, und es ist klar veranschaulicht, wo Handlungsbedarf besteht und wo die Probleme in den letzten Jahren lagen. Für die Finanzierungsplanung wurde externe Unterstützung beigezogen, was positiv aufgefasst wurde. Zudem wurde geschätzt, dass man sich mit der Thematik Demenz und Gerontopsychiatrie auseinandergesetzt hat und diese einen wichtigen Stellenwert genießt. Das AZP wird als notwendig betrachtet. Ein Ort, wo stationäres Wohnen angeboten wird, wird sowohl nun wie auch zukünftig zwingend benötigt.

Die Strategie AZP 2030 wurde sorgfältig erarbeitet und es wurde viel Wert auf Vision und Mission gelegt. Wir haben die Möglichkeit einer Vernehmlassung geschätzt und dort auch formuliert, dass die Inhalte zum Teil schwer erfassbar sind. Uns ist es deshalb wichtig, dass auch weitere Möglichkeiten im Blickfeld bleiben, die in der Strategie bisher wenig Bedeutung fanden. Zum Beispiel dezentrale Standorte von Alterswohnungen, generationenübergreifendes Wohnen oder andere Wohngemeinschaftsformen. Denn gerade nun, wo ein grosser Handlungsbedarf besteht und viele finanzielle Mittel in Anspruch genommen werden, würde sich die Gelegenheit bieten, sich mit weiteren, zukunftsfrächtigen Modellen auseinanderzusetzen.

Ein weiteres elementares Thema ist natürlich auch der Fachkräftemangel. Ein Begriff, welcher in meinen Augen auch unattraktive Arbeitsbedingungen heissen könnte. Wir möchten das AZP loben, das bemüht ist, möglichst viele Lernende auszubilden und aktiv etwas für neues, junges Fachpersonal unternimmt. Jedoch fehlt auch hier wieder der visionäre Blick, wie Fachpersonen lange an den Beruf gebunden werden können. Die Leitung des AZP berichtete gar vom belgischen Modell, in welchem Pflegepersonal ab 55 Jahren lediglich noch eine 32-Stundenwoche hat. Ich hoffe, ich habe die Zahlen so richtig wiedergegeben. Goutiert wurde dieses Modell jedoch nicht. Doch denkt man an die Baubranche, in welcher man mit 60 Jahren pensioniert wird, könnten es genau diese Ansätze sein, um den Beruf auch im höheren Arbeitsalter auszuführen. Gerechtfertigt fände ich das bei dem Aufwand, der Verantwortung und der gegenüberstehenden Entlohnung allemal.

Abschliessend bedanken wir uns beim Stadtrat für die Botschaft sowie die Ausarbeitung der Strategie AZP und die Überarbeitung nach der Vernehmlassung. Zudem möchten wir uns auch bei allen Mitarbeitenden des AZP für ihren Einsatz bedanken. Unsere Fraktion wird dem Antrag des Stadtrats, die Strategie AZP 2030 zur Kenntnis zu nehmen, zustimmen.

Stadträtin Regine Siegenthaler (FDP): Die Stadt Frauenfeld will eine altersfreundliche Stadt sein. Älteren Einwohnerinnen und Einwohnern soll ein bedarfsgerechtes ambulantes und stationäres Angebot für soziale und pflegerische Leistungen zur Verfügung stehen. Wir wollen mit einer starken Vernetzung aller Beteiligten eine tragfähige Sorgeskultur etablieren.

Das Alterskonzept der Stadt Frauenfeld aus dem Jahr 2013 hat den Titel «Zufrieden älter werden in Frauenfeld», dies in Anlehnung an ein japanisches Sprichwort, welches lautet: «Die grösste Kulturleistung eines Volks sind die zufriedenen Älteren.» Damit wir in Frauenfeld umsorgt älter werden können, braucht es für das Alter passende Wohnmöglichkeiten für einen möglichst selbstständigen Lebensalltag und die Möglichkeit sozialer Teilhabe. Daran hat sich seit 2013 nichts geändert. Gern weise ich an dieser Stelle auf einen Legislatorschwerpunkt meines Departements hin, wonach die Stadt das Wohnen im Alter mit Unterstützungsangeboten in Wohnsiedlungen fördern will, dies wenn möglich generationenübergreifend. Setzt die Pflegebedürftigkeit ein, im Durchschnitt erst in den letzten 2-3 Lebensjahren, Demenz und psychische Erkrankungen mal ausgeklammert, dann braucht es geriatrische Pflege und Betreuung. Diese soll so lange wie möglich zu Hause erfolgen, ganz nach dem Grundsatz ambulant vor stationär. Kommt jedoch der Punkt, wo es zu Hause nicht mehr gut geht, auch nicht in einer auf das Alter ausgerichteten Wohnform, ist ein Heimeintritt nötig und sinnvoll. Für diese pflegebedürftigen Menschen gibt es in Frauenfeld das Alterszentrum Park und die anderen Pflegeinstitutionen. Sehen Sie, aus meiner Sicht geht es nur mit diesem Nebeneinander, das Ermöglichen von Wohnenbleiben im Quartier mit neuartigen Projekten und einer starken Spitex und gleichzeitig die Weiterentwicklung der stationären Wohn- und Pflegeformen.

Zum AZP: Ich werde etwas ausholen, und dennoch nicht auf alles heute Aufgeworfene eingehen können.

Das AZP wurde vor 41 Jahren gebaut. Noch heute erfüllt es einen wichtigen Auftrag unserer Stadt, der in der Gemeindeordnung in Art. 52 und in Art. 5 des Reglements über das Alterszentrum Park verankert ist. Die Strategie AZP 2030 ist gestützt auf diese gesetzliche Grundlage durch ein Strategieteam des AZP, durch meine Vorgängerin und mit einer externen Begleitung erarbeitet worden. Das heisst: Die Strategie ist nicht auf der grünen Wiese entstanden, sondern berücksichtigt Bestehendes, etwa die Grösse des AZP. Dementsprechend sollen die 191 Plätze auf der Thurgauer Pflegeheimliste beibehalten werden. Der Bedarf dafür ist ausgewiesen trotz des Grundsatzes ambulant vor stationär. Denn die Anzahl der über 80-jährigen Menschen wird sich in Frauenfeld bis 2040 verdoppeln. Halten Sie sich das vor Augen. Für einen Teil dieser über 80-Jährigen muss ein stationäres Angebot bereitstehen. Der Kanton rechnet ab 2030 mit einer Quote von 16.6 %.

Dass die Weiterführung unserer Pflegeheime notwendig ist, hat sich gestern auch bei einem Austausch des Stadtrats mit der Direktion der Spital Thurgau AG bestätigt. Mit mehr pflegebedürftigen Betagten werden umfassende und komplexe Aufgaben auf uns zukommen. Das Spital hat heute schon Mühe, nach einem Austritt passende Plätze in Pflegeinstitutionen zu finden, dies insbesondere für einen Kurzaufenthalt.

Ein Schwerpunkt des AZP bleibt gemäss Strategie AZP 2030 dementsprechend die stationäre Kurz- und Langzeitpflege. Sie soll zukünftig noch stärker mit ambulanten Angeboten ergänzt werden. Ungefähr die Hälfte der Plätze sollen neu als sogenannt gerontopsychiatrisches Angebot genutzt werden können. Das heisst: Sie werden Menschen mit Demenz, mit anderen kognitiven Einschränkungen oder psychischen Erkrankungen zur Verfügung stehen. Wie viele Plätze genau wird der dannzumalige Bedarf zeigen.

Ein Altersheim, das heisst, Zimmer für Bewohnende mit tiefen Pflegestufen wird man nicht mehr führen. Schon heute zeigt sich, dass Eintretende immer pflegebedürftiger sind. Das hat grosse Auswirkungen darauf, wie das Angebot im AZP gestaltet werden muss. Daneben wird das AZP mit der Parksiedlung Talacker weiterhin sogenanntes Wohnen mit Service bieten. Das verknüpft eine altersgerechte Wohnung mit der Möglichkeit, Unterstützung im Haushalt oder Pflege zu erhalten. Das ist kein Zwischenschritt. Die Parksiedlung ist betrieblich stark mit den anderen Bereichen des AZP verknüpft: baulich etwa Sicherheits- und Heizsysteme, Technik, Software und Hotellerieleistungen. Brauchen Bewohnende Pflegeleistungen, können sie Spitexleistungen beziehen oder in der Parksiedlung stationär gepflegt werden.

Dass in der Parksiedlung Menschen mit unterschiedlicher Pflegestufe leben, führt auch dazu, dass das AZP ein vielfältiger Lebens- und Wohnort bleibt. Die Parksiedlung ist gut ausgelastet, aber in einem teuren Segment angesiedelt. Das AZP möchte deshalb eine günstigere Variante prüfen. Hier soll der Trend zu selbstbestimmtem unterstütztem Wohnen aufgenommen werden.

Gern verdeutliche ich Ihnen nochmals in Kürze, was im Bereich des Angebots neu wird:

1. Pflegeheim > kein Altersheim mehr.
2. 30-50 Prozent der Bewohnenden werden gerontopsychiatrisch gepflegt, und zwar in offenen und geschützten Wohngruppen.
3. Mehr ambulante Angebote und Tagesstrukturen, zum Beispiel für demenziell erkrankte Menschen und mehr vorübergehende Pflege bei kurzzeitigem Bedarf.
4. Wohnen mit Service auch mit eingeschränkten finanziellen Mitteln.
5. Zusätzliche und neu personalisierte Leistungen der Hotellerie im therapeutischen sowie im Kultur- und Freizeitbereich.

Das ist eine breite Palette an Leistungen und entspricht einem Bedürfnis der Bewohnenden und ihrer Angehörigen. Viele ältere Menschen sind nicht mehr so flexibel und froh, alles aus einer Hand zu beziehen und nicht mehr umziehen zu müssen. Diese Breite ist somit ein Pluspunkt für das AZP.

Damit das AZP all diese Leistungen bieten kann, muss einiges geschehen.

1. Baulich: Gebäude müssen erneuert und saniert werden. Der Investitionsbedarf ist hoch. So beurteilt es auch das bereits involvierte Amt für Hochbau und Stadtplanung. Insbesondere Zweierzimmer, davon hat das AZP noch sehr viele, können nur wegen einer allgemein hohen Nachfrage noch belegt werden. Die zeitliche Dimension des Bauens umfasst die nächsten 10 Jahre. In diesem Bereich kommt auch auf die Politik viel Arbeit zu.
2. Finanzen: Die Finanzierung nicht nur der Investitionen, sondern auch des laufenden Betriebs wird zur Herausforderung. Belastend sind Langzeitabsenzen beim Personal, steigende Löhne und Zinsen, später dann auch Abschreibungen. Ich will es nicht schönreden, eine Botschaft zur Erhöhung der Tarife ab Januar 2024 hat den Gemeinderat ja schon erreicht. Das AZP ist wie viele andere Institutionen früher nicht gehalten gewesen, Rückstellungen zu bilden. Um das zu stemmen, werden alle mehr bezahlen müssen, die Krankenkassen, der Kanton, die Stadt und die Bewohnenden selber.
3. Markt (Wettbewerb) und Kunden: Die Anforderungen an die Pflegeinstitutionen sind gestiegen. Das Angebot muss individualisierter und somit breiter und flexibler werden. Beim AZP kommt hinzu, dass ein sozialpolitischer Auftrag besteht. Das heisst: Sicherstellung der Versorgung und erschwingliche Preise.
4. Prozesse: Sie sind im AZP nicht mehr zeitgemäss. Ein Projekt im Qualitäts- beziehungsweise Prozessmanagement ist bereits gestartet und wird die Abläufe verbessern und die Qualitätssicherung. Auch Fragen der Digitalisierung und Effizienz haben hier ihren Platz.
5. Mitarbeitende: Eine Pflegeinstitution funktioniert nur mit genügend ausgebildetem, motiviertem und gesundem Personal. Mit weniger Personal als dem Richtstellenplan geht es ganz sicher nicht. Das ist für die kommende Zeit die grösste Herausforderung und entscheidend. Ich stimme hier der SP-Fraktion in vollem Mass zu. Dafür wird das AZP Anpassungen in den Arbeitsbedingungen, den Arbeitsmodellen und den Löhnen vornehmen müssen. Das AZP

investiert bereits heute viel im Aus- und Weiterbildung. Derzeit hat es über 40 Lernende auf Stufe Lehre, HF und Fachhochschule. Und es braucht eine Wertschätzung der Arbeitskultur, die über die Institutionen hinaus strahlt, um neue Fachkräfte zu halten und zu gewinnen.

Das AZP hat diese fünf Bereiche als strategische Handlungsfelder definiert und die Strategie AZP 2030 daran ausgerichtet. Als Strategie gibt sie eine Richtung vor und setzt Schwerpunkte. Sie ist ein langfristiger Plan zur Erfüllung der Ziele. Als solcher beinhaltet sie noch keine ausgefeilten Konzepte, das wird von einer Strategie auch nicht erwartet. Nun geht es ans Umsetzen. Zum einen muss diese Ausrichtung sozusagen in die DNA der Institutionen übergehen, und zum anderen werden diverse Projekte angestossen. Lassen Sie mich auf ein paar Punkte aus der Debatte eingehen.

Sie haben angesprochen, es fragt sich, ob an diesen grossen Zentren festgehalten werden soll oder ob es eher dezentrale Einheiten braucht. Ich finde, Einzelzimmer in einer Pflegeheimwohngruppe können nicht altersgerechtem Wohnen im Quartier gegenübergestellt werden. Die Angebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Ich war letzte Woche einen Tag im AZP mit der Pflege unterwegs. Es wohnen zum Teil höchst betagte Menschen im AZP, die auf intensive Unterstützung angewiesen sind und nur noch wenige alltägliche Verrichtungen selbstständig vornehmen können.

Zur Frage der Analyse/Grundlage der Strategie: Die Strategie startete mit einer umfassenden Analyse. Aus den Unterlagen und Gesprächen weiss ich, dass Mitarbeitende, Bewohnende und Angehörige sowie externe Fachpersonen wie der Terz-Stiftung befragt und die Ergebnisse intensiv diskutiert wurden. Angewendet wurde dafür die PESTEL-Methode, anhand welcher verschiedene externe Faktoren untersucht wurden. Es wurden auch Ideen relativ lange verfolgt und wieder verworfen, etwa das Führen einer geriatrischen Rehabilitationsinstitution. Ich zweifle nicht an den Ergebnissen dieser Analyse und den Ableitungen auf die Strategie.

Dann wurde auch die Rolle der Stadt angesprochen. Ich habe eingangs gesagt, dass die Strategie 2030 sich im geltenden gesetzlichen Rahmen bewegt. Wenn jetzt die kommunale Trägerschaft oder die Stadt als Betreiberin des AZP infrage gestellt wird, erachte ich dies heute als der richtige Zeitpunkt für solche grundlegende Fragen. Dieser politischen Diskussion verschliesse ich mich nicht.

Was ist damit gemeint, die Stadt solle sich auf die Trägerschaft beschränken und das AZP nicht selber betreiben? Ich bin skeptisch. Der Wunsch nach Kontinuität und Stabilität, der auch mit der Strategie deutlich wurde, lässt mich zweifeln. Immerhin hat das AZP eine eigene Rechnung, genauso wie Thurplus. Und mit einer Auslagerung würde die Politik den Einfluss verlieren. Weder Gemeinderat noch der Stadtrat hätte noch viel zu sagen. Ich möchte für uns und zuerst für die Generation unserer Eltern die nötigen Pflegeheimbetten und die altersgerechten Wohnformen zur Verfügung haben. Wir haben einen Versorgungsauftrag. Ich möchte nicht einzig auf private, gewinnorientierte Institutionen vertrauen, die weder ein günstigeres noch besseres Angebot garantieren. Aber dass das AZP betriebswirtschaftlich zu führen ist und sich an Ergebnissen zu messen hat, unterstütze ich.

Angesprochen wurde auch die Frage, das war auch schon Thema bei der ersten Botschaft, wie viel an Investition und Infrastrukturvorhaben auf die Stadt zukommt. Das ist dem Stadtrat bewusst, der bringt die Themen auf den Tisch. Es ist klar, es kommt viel im Bereich Infrastruktur. Hier handelt es sich um das AZP als einen eigenständigen Betrieb mit eigener Rechnung, ich habe es schon gesagt. Und ich kann auch schon vorwegnehmen, dass einen sehr grossen Teil das AZP selbst finanzieren wird.

Es wurde angesprochen, das AZP solle Synergien prüfen. Das AZP ist selbstverständlich im Austausch nicht nur mit dem Stadtgarten und der Friedau, sondern auch mit dem Branchenverband

Curaviva und anderen Heimen im Kanton. Einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Institutionen verschliesst sich das AZP nicht. Ich denke aber, Synergieeffekte müssen wir sehr genau prüfen.

Die FDP hat angesprochen, dass die Bedarfsberechnung überholt sei und hat sich dabei auf Curaviva gestützt. Ich gehe davon aus, dass wir uns in Zusammenarbeit mit dem Kanton hier auch nochmals unterhalten müssen. Es ist für mich klar, dass im Moment die Pflegeheimplanung gemäss Kanton gilt, ich werde hierzu aber sowieso nächstens einen Austausch mit dem Kanton haben.

Die SVP hat angesprochen, dass es fraglich sei, ob für die Infrastrukturvorhaben auch weitere Standorte geprüft worden seien. Das wurde gemacht, es wurden in diesem Zusammenhang auch andere Standorte geprüft beziehungsweise die Frage geprüft, wie sinnvoll es wäre, das AZP auf verschiedene Standorte aufzuteilen.

Die GPK GGF hat gefragt, ob es das AZP in 20 oder 30 Jahren noch braucht. Ich sage hier deutlich ja, das wird es. Es wird noch Pflegeinstitutionen brauchen. Ich schliesse mich hier der Meinung von CH/GP/GLP sehr gern an.

Zu Beginn meines Votums habe ich über das Alterskonzept gesprochen und über den Legislaturschwerpunkt, der das bestehende Alterskonzept ergänzt. Das Alterskonzept, das im Übrigen weniger veraltet scheint, als es sein Jahrgang vermuten lässt. Eine Überprüfung wird folgen. Diese wird aber nicht dazu führen, dass wir auf das AZP werden verzichten können. Die Strategie, um das AZP zu entwickeln, namentlich im Immobilienbereich, wo ein so grosser Sanierungsbedarf besteht, war wichtiger und stammt aus einem Legislaturziel der Jahre 2019-2023.

Bevor ich zu einem Abschluss komme, möchte ich einen kurzen Ausblick geben. Nach der Genehmigung der Strategie, die ja bereits im August erfolgt ist und nach der heutigen Sitzung wird der Stadtrat eine Auslegerordnung machen. Vertiefte Abklärungen erachte ich nun als sehr wichtig. Sie werden auch Abklärungen zur Finanzierung und weitere Fragen umfassen und nochmals Raum geben, Grundlegendes anzuschauen. Die Weiterentwicklung des AZP macht nicht Halt mit dieser Strategie. Sie ist ein auf mindestens ein Jahrzehnt ausgerichtetes Unterfangen mit Wirkung über viele Jahre darüber hinaus. Was in zehn Jahren sein wird, wissen wir nicht so genau, in Zeiten wie heute schon gar nicht. Diese Ungewissheit hat die Strategie AZP 2030 nicht ausgeklammert. Sie wird laufend überprüft und angepasst werden müssen und in einer überarbeiteten Version möglicherweise sogar AZP 2040 heissen.

Ich bin froh, haben einige von Ihnen heute ihre Bedenken geäussert und haben Sie die Strategie AZP 2030 nicht nur zur Kenntnis genommen. Das ist erstzunehmen. Ihre Inputs werden wir prüfen. Das Rad lässt sich aber nicht zurückdrehen, weder was die sanierungsbedürftige Infrastruktur betrifft noch die Erarbeitung der Strategie. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, damit zufrieden älter werden in Frauenfeld im AZP, in den anderen Altersinstitutionen und in den Quartieren gelingt. Ich danke Ihnen sehr für die Aufmerksamkeit.

Abstimmung

Die Strategie AZP 2030 wird mit 34 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Wir haben die heutige Tagesordnung durchberaten. Es wurde die angekündigte GPK-Motion mit dem Titel «Stadtratsvorsorgeleistungen bei Nichtwiederwahl» eingereicht. Diese wurde von 32 Ratsmitgliedern unterschrieben.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 15. November 2023 um 18:00 Uhr statt.

Ich wünsche allen, die ich am Freitag nicht mehr sehe, schöne Ferien, erholen Sie sich gut. Ich danke Ihnen für das aktive und konstruktive Mitdiskutieren und danke dem Ratssekretär sowie dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den wiederum schönen Blumenschmuck. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:05 Uhr.

* * *